

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 8909. Postscheckkonto Berlin Nr. 8460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 73

BERLIN • Sonntag, den 27. März 1932

1 JAHRGANG

Die Rothemden in Indien.

Von Minna Specht.

Am Tage seiner Verhaftung hat GANDHI einen englischen Freund, VERRIAR ELWIN, gebeten, die nordwestliche Grenzprovinz zu besuchen. Dort ist das Aufruhrgebiet der indischen Freiheitsbewegung gewesen, dort ist noch heute das Regiment der Regierung am schärfsten. GANDHI hatte die Absicht gehabt, selber dorthin zu fahren. Die offiziellen Nachrichten hatten ihn nicht beruhigt.

ELWIN berichtet jetzt im „India Bulletin“ über seine Eindrücke. Es war für ihn, der als „Kongreßfreund“ bekannt war, nicht leicht, Auskunft zu bekommen. Kaufleute und Händler wieden seinen Verkehr, „wegen der großen Gefahr, auch nur mit einem Anhänger GANDHIS zu sprechen“. Viele kamen nur in der Dunkelheit der Nacht zu ihm, „heimlich durch eine Hintertür“. In Rohat, wo schwere Schießereien stattgefunden hatten, waren die Inder, die er befragte, so zurückhaltend und furchtsam, daß sie erst weit ins Land hineinwanderten und das Rendezvous in einen entfernten, ganz einsamen Ort verlegten.

Natürlich war die Polizei ELWIN selbst dauernd auf der Spur, obwohl er versuchte, mit der Regierung Fühlung zu nehmen und die „offiziellen Ansichten“ zu hören. Aber dieser Versuch stieß auf geringe Gegenliebe. Als er an die Grenze fuhr, wo der Khyber-Paß nach Afghanistan hinüberführt, und er sich bei dem dortigen Regierungsvertreter meldete, wurde er verhaftet, sein Gepäck durchsucht, und er endlich unter militärischer Begleitung in einen Zug gesetzt, dessen Fahrtrichtung er nicht kannte.

Die wertvollsten Aufschlüsse aus ELWIN'S Bericht gelten der Person ABDUL GHAFFAR KHANS und der von ihm gegründeten und viel besprochenen Organisation der Rothemden.

„ABDUL GHAFFAR KHAN ist ein großer Mann, groß an Körper, groß an Seele, groß an Besitz, und jetzt wahrhaft groß durch seine Weltanschauung, die der des Mahatma nahesteht,“ sagt ELWIN.

„Der alte Schuft,“ sagen die Beamten in Delhi, und „er taugt nichts, er kann ja nicht schießen,“ sagen die Afridis, die Bewohner der Berge.

Was hat dieser Mann getan, den die Engländer für einen ihrer gefährlichsten Feinde halten? Die Geschichte seiner Taten ist noch jung.

Anfang 1920, also vor rund zwei Jahren, hat er eine Organisation ins Leben gerufen, mit dem Ziel, ein Heer von Kämpfern aufzustellen, die zu jedem Leiden bereit sind, selber aber die Anwendung von Gewalt ablehnen. Anfangs nannten sie sich „Diener Gottes“. Sie trugen keine Uniform. Aber eines Tages, bei einer Parade, erschien einer von ihnen in einem Hemd, das er in einer aus Ziegelstaub und Wasser gemischten Flüssigkeit gefärbt hatte. Allen gefiel das Hemd — es wurde die Uniform der „Rothemden“. So entstand dieser Name, dieser erregende Name, wie ELWIN sagt, der aber weder mit Moskau noch mit Gewalt das Geringste zu tun hat.

Die Rothemden legen ihren Treueid auf den Koran ab (fast alle sind Mohammedaner). Sie geloben, der Gesellschaft zu dienen, keine Gewalt anzuwenden, niemals Abbitte zu tun, um aus den Gefängnissen herauszukommen, nicht zu stehlen, keusch zu leben.

Die Organisation ist äußerst sorgsam aufgebaut, mit vielen Bezirken, mit „Kampf“- und „Zivil“-Mannschaften, mit einer straffen Gliederung des Funktionsapparates.

Als die Führer im April 1930 zum erstenmal verhaftet wurden, schwoll die Bewegung gewaltig an. Ihre Hauptaktion besteht in der Durchführung des Streiks gegen alles, was von England kommt, vor allem in dem Stellen von Streikposten.

Wer sind diese Menschen, die eine Kampforganisation auf solcher Grundlage aufgebaut haben? Die Pathaner, die die Nord-West-Provinz bevölkern, sind von Haus aus keineswegs friedliche Menschen.

Seit Tausenden von Jahren gilt bei ihnen das Gesetz der Wiedervergeltung, der blutigen Wiedervergeltung. Die größte Unehre: Schläge hinzunehmen, noch gar in der Anwesenheit von Frauen.

ABDUL KHAN hat sie gelehrt, Beleidigungen zu ertragen ohne Gegenwehr; er hat sie dahin gebracht, unter einer neuen Idee zu kämpfen: der Idee der Gewaltlosigkeit.

Sie haben diese Lehre angenommen. Heute stehen Hunderttausende zu den Rothemden. Die Afridis, die aus den Bergen herunterkommen, ihre Waren auf dem Markt von Peshawar anbieten und die Pathaner sehen, wie sie Streikposten stehen, wie sie die Behandlung der Polizei hinnehmen, ohne sich zu rühren, steigen in ihre Berge zurück mit Groll und mit Stauern in ihren Herzen.

Im August 1931 haben sich die Rothemden dem Allindischen Kongreß angeschlossen; damit wurde ABDUL KHAN Kongreßbeauftragter in der Nord-West-Provinz; die Bewegung war in die große Bewegung GANDHIS eingereiht; ein Bündnis zwischen Hindus und Mohammedanern geschlossen gegen den gemeinsamen Feind.

Der Kongreß selber bekam dadurch auch ein anderes Gesicht. War er früher eine städtische Bewegung gewesen, so

Klagges neuester Streich.

Abbau der weltlichen Schulen in Braunschweig.

RO Braunschweig, 25. März.

„Mit Ablauf des Schuljahres 1931 wird in Braunschweig, Wolfenbüttel und Schöningen die Errichtung von Sammelklassen, sowie die Neuaufnahme von Kindern in Sammel-schulen eingestellt.“

So beginnt die neueste Verfügung des braunschweigischen Ministers für Volksbildung, Herrn KLAGGES. Die Maßnahme wird mit Mißständen begründet, die nach dem Bericht des zuständigen Schulrates in den weltlichen Schulen herrschen sollen. Hier einige Kernsätze aus der amtlichen „Begründung“:

„In vielen Klassen der Sammel-schulen herrscht ein pädagogisches Chaos sondergleichen.“

„... Ergebnis, daß die Elemente des Wissens und Könnens in vielen Grundschulklassen völlig vernachlässigt waren.“

„... der allgemeine Bildungsstand dieser Klassen (gemeint sind die des zweiten und dritten Schuljahres. RO.) konnte nur als katastrophal bezeichnet werden.“

„Höflichkeit, Anstand und gutes Betragen sind in vielen Klassen der Sammel-schulen seltene Tugenden geworden.“

„Im ganzen gesehen ist das Prüfungsergebnis dermaßen beschämend, daß die achtklassige Stadtschule damit hinter den Leistungen der einfachen Landschule zurückbleibt.“

Der amtliche Bericht nennt natürlich auch die Schuldigen für das „beschämende Prüfungsergebnis“. Schuld ist die „junge und jüngste Lehrergeneration“ dieser Schulen, die die „von der pädagogischen Wissenschaft anerkannten Grundgedanken“ von vornherein maßlos übersteigerte und die alte Autoritäts- und Lernschule „hemmungslos“ ablehnte. Schuld ist ferner die „enge politische Verbundenheit, die in besonderem Maße zwischen den Mitgliedern der Freien Lehrergewerkschaft und dem Weltlichen Elternbunde besteht“, zweier Organisationen, deren letztes Ziel ist und bleibt, „aus ihrer Schule“ eine Weltanschauungsschule zu machen, Bildungsgut und Bildungsarbeit von sich aus zu bestimmen.“

Es wäre zwecklos, mit Herrn KLAGGES und dem in weiten Kreisen der Lehrerschaft als Reaktionär bekannten Schulrat VOGEL'SANG über das Prüfungsergebnis zu rechten und über den Maßstab, mit dessen Hilfe es zustande gekommen ist. Denn: wer die Maßnahmen der Regierung und die zahlreichen Schulrevisionen aufmerksam verfolgte, der wußte es seit Monaten: dieses Ergebnis sollte dabei herauskommen.

Die weltlichen Schulen sollen in Braunschweig verschwinden. Dieses Ziel haben sich die Nazis von Anfang an gesteckt. Sie haben es bisher vermieden, dabei den Streit um die grundsätzlichen Fragen (Konfessionsschule, Simultanschule, weltliche Schule) heraufzubeschwören. Sie gingen stets den „verwaltungstechnischen“ Weg.

Die weltlichen Schulen wurden in jeder Hinsicht benachteiligt: dem „allgemeinen“ Schulabbau fielen ausge-

AUS DEM INHALT:

Die Severingaktion vor dem Staatsgerichtshof.

Lappo-Bewegung verboten.

Um den Treueid.

Ordnungszelle Braunschweig.

Unvollendete Agrarreform in Bulgarien.

Arbeitsdienst und Siedlung.

rechnet fast nur dissidentische Lehrer zum Opfer; der Lehrerwechsel war an den weltlichen Schulen am lebhaftesten, die Besetzung der Klassen im Durchschnitt am höchsten. In der bürgerlichen Presse setzte vor einigen Monaten eine systematische, offenbar von Regierungsstellen unterstützte Hetze gegen die weltlichen Schulen ein. Den Lehrern wurde eine verantwortungslose Vernachlässigung ihrer Pflicht vorgeworfen. Als nach dem berüchtigten SA-Treffen im Oktober des vorigen Jahres auch Schulkinder sich zusammenrotteten und nach dem Vorbild der SA mit Schulterriemen, Gummischläuchen und anderen Schlagwerkzeugen aufeinander losschlugen, da waren angeblich die Kinder der weltlichen Schulen die Störenfriede. Daß bei einer solchen Schlägerei einigen Schülern des Wilhelm-Gymnasiums (der „vornehmsten“ Schule Braunschweigs) Hakenkreuzgeschmückte Schulterriemen und sogar ein Dolchmesser abgenommen wurden, darüber war in den Zeitungen nichts zu lesen.

So wurde dem Bürgertum und leider auch in Teilen der Arbeiterschaft eine Stimmung gegen die weltlichen Schulen geschaffen. Das „katastrophale Prüfungsergebnis“ genügt nun, den gewünschten Schlag gegen die weltlichen Schulen zu führen. Die NS zeigen auch hier wieder ihr wahres Gesicht: sie sind — wenn Kirche und Kapitalisten es wollen — zu jeder Schandtat fähig.

Der neue Erlass sagt noch nichts aus über die dissidentischen Lehrer, die fast ausnahmslos an den weltlichen Schulen des Landes beschäftigt sind. Man wird in dieser Hinsicht noch mit einigen Ueberraschungen rechnen müssen.

Daß die im Weltlichen Elternbunde organisierte Elternschaft die Maßnahmen des Herrn KLAGGES nicht ohne Kampf hinnehmen wird, ist selbstverständlich. Ueber die in diesem Kampf getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg werden wir zu gegebener Zeit berichten.

KPD-O erzählt Märchen.

In der Wochenzeitschrift der KPD-O, „Gegen den Strom“ (Nr. 7, vom 26. März 1932), schreibt anonym ein ganz Schlauer: „... auch der ISK, der den Marxismus ablehnt, will der SAP beitreten.“

Der Mann hat sich geärgert, daß die SAP mehr Mitglieder hat als die KPD-O. Und um nachzuweisen, daß es damit nicht viel auf sich hätte, meint er, sie hätte eben alles aufgenommen und so „wohl ein paar tausend Männlein und Weiblein gewonnen, aber politischer Brei ist sie mehr denn je“. Mag sein! Daß die KPD-O weniger Brei ist, hat sie noch nicht bewiesen.

wurden jetzt seine wichtigsten Zentren die Dörfer; die Hauptarbeit geht über in die Hände der Bauern und Handwerker.

Der Anschluß an die all-Indische Bewegung lenkte naturgemäß die Aufmerksamkeit der Regierung noch stärker auf die Organisation als bisher, die allein schon durch ihren Namen in ganz Indien bekannt war, von dem es ausgeht wie von einem Zauber. Der Vertreter der englischen Verwaltung lud ABDUL KHAN zu einer Besprechung ein; man wolle gemeinsam ein Reformprogramm besprechen, das bald in der ganzen Provinz durchgeführt werden sollte. Aber ABDUL KHAN erschien nicht. Er rief vielmehr eine Versammlung der Rothemden zusammen, auf der die Resolution gefaßt wurde, alle

Reformen, die England anbieten würde, abzulehnen und für Indiens völlige Unabhängigkeit zu kämpfen.

Drei Tage nach dieser Versammlung wurden die „außerordentlichen Maßnahmen“ der Nord-West-Provinz erlassen und der gesamte Funktionsstab der Rothemden verhaftet. ABDUL KHAN ging am 24. Dezember 1931 ins Gefängnis; binnen acht Tagen folgten ihm sämtliche „Offiziere“ und alle Zivilbeamten der Bewegung, bis hinunter zum letzten Schreiber.

Als ELWIN am 11. Januar nach Peshawar kam, fand er kein einziges „Rothemden“ mehr in den Straßen. Die Bewegung war wie von der Erde verschlungen; sie arbeitete unerröndlich.

Die „Notverordnungen“ geben den englischen Beamten die weitesten Befugnisse. Auf bloßen Verdacht hin dürfen Inder verhaftet werden. Die Mindeststrafe für Gehorsamsverweigerung ist zwei Jahre Gefängnis. In den ersten vierzehn Tagen wurden in Peshawar 2530 Personen verhaftet.

Die Beamten haben das Recht erhalten, Gebäude zu beschlagnahmen, Post, Telegraph und Eisenbahnen zu kontrollieren, Sondergerichte zu eröffnen und alle Vereine aufzulösen, die sie für gefährlich halten. Zeitungen aus Bombay sind verboten.

Peshawar wurde militärisch besetzt. Zur Zeit stehen noch Posten an allen Toren, Mannschaften in allen Straßen.

Die Mitglieder der „Rothemden“, die noch in Freiheit leben, haben mit dem verschärften Streik geantwortet. Vom Land sind sie heringeströmt, um in den Städten Streikposten zu stehen. Wenn die Polizei sie anhält, geben sie ihren Namen, ihre Adresse — sie haben sich auf Grund ihrer Satzung dazu verpflichtet. Was ist die Folge ihres Tuns?

Streifzüge, aus englischen Soldaten zusammengestellt, werden nachts losgeschickt, auf die Dörfer, aus denen die Streikposten stammen. Das Dorf wird umzingelt, die Bewohner werden aufgefordert, die Rothemden — anzugeben. Wer sich weigert, bekommt den Gummiknüppel. Wenn Rothemden gefunden werden, werden sie verhaftet, verprügelt, ihr Hemd ihnen abgerissen und verbrannt. Ihre Büros werden ausgeräumt, meistens in Brand gesteckt. Oft muß das Dorf eine Buße zahlen, weil es Rothemden unter sich geduldet hat. Oft werden Polizisten wochenlang einquartiert, auf Kosten der Dorfbewohner.

Seitdem die Gefängnisse überfüllt sind, hat die Regierung auf den Rat des Londoner Polizeichefs hin, „die Methode des Gummiknüppels“ eingeführt. Unter dem Anruf: „Vorwärts, vorwärts!“ werden die unglücklichen Streikposten durch die Straßen gejagt, während der Gummiknüppel auf sie niedersaut. Ein Polizist sagte zu ELWIN: „Der Knüppel saust nieder wie ein Hagelschauer.“ Ein anderer berichtete ihm: „Kein Tier würde das aushalten.“

In Mardau, einer Stadt am Fuß des Hindu Kush — die Felsen stehen wie eine Fata Morgana rings um die Stadt —, hatten sich Mohammedaner in einer Moschee versammelt. Sie erhielten Befehl, die Kirche sofort zu verlassen. Schweigend beteten sie weiter. Die Polizei griff ein und schlug auf die Rücken der Knien ein, bis sie ohnmächtig umfielen.

Und dies bei einem Volk, für das Schläge die furchtbarste Schmach waren!

ELWIN hat mit vielen von ihnen gesprochen.

„Wie wird es ausgehen?“

„Das wissen wir nicht.“

„Werdet ihr durchhalten?“

„Es ist nicht leicht — ganz ohne Gegenwehr.“

„Werdet ihr zur Gewalt übergehen?“

„Nein.“

Sie klagen darüber, daß nicht alle die Lehre verstehen, nicht alle sie einhalten. Wenn englische Offiziere allein durch die Straßen gehen, fliegt ihnen ein Stein nach. Kinder spucken vor ihnen aus.

Eine Frau hat mit Steinen geworfen in einem Dorf, wo die Polizisten mit ihren Gummiknüppeln gehaust hatten. Die Folge war, daß die Engländer schossen.

Aber die Nord-Westler machen einen Unterschied zwischen der regulären Polizei und den Reservisten, die die Regierung nach dem Norden geschickt hat. Die „Regulären“ weigern sich vielfach, zu prügeln. Sie hassen die neue Methode. Die „Reserve“ ist keine ausgebildete Polizeimannschaft; sie kommt auch nicht vom Heer, es sind „zusammengestellte Leute“.

Furchtbar wütet die Gefahr des Widerstands unter den Rothemden. In den Gefängnissen werden den Verhafteten die Decken entzogen; die Pathaner leiden empfindlich unter Kälte; wenn sie vor Frost zittern, werden sie nach draußen gejagt und ausgefragt. In einer Nacht haben 120 sich von der Bewegung losgesagt. Es steht in den englischen Zeitungen viel davon, daß sie „widerrufen“. Die Inder sagen: wer es tut, den hat man vorher in einer Weise behandelt, die dem Foltern nahesteht.

Die Rothemdenbewegung ist heute erschüttert, sie ringt um ihr Leben, aber sie ist noch nicht gebrochen. Noch ist die Organisation intakt: alle Aemter funktionieren, immer neue Genossen besetzen die verlassen Posten. Aber der Führer fehlt; die Verbindung zum Kongreß ist abgeschnitten.

Kein Friede in Ostasien.

Die Verhandlungen in Schanghai gelangen zu keinem befriedigenden Abschluß. Es scheint, daß vor allem auf Seiten der Chinesen Widerstand geleistet wird, da die verhandelnden Generäle den Eindruck gewinnen, daß die chinesische Regierung sich gegenüber den Japanern zu nachgiebig zeigt und die Japaner infolgedessen immer wieder Forderungen stellen, die auf eine militärische Besetzung chinesischen Gebietes abzielen. Am Donnerstag sind die chinesischen Vertreter, zwei Generäle, von ihren Posten zurückgetreten und nach Kanton abgereist.

Am gleichen Tage sind 4000 japanische Soldaten in Wusung gelandet, die die dort stehende Brigade ablösen sollen. Die neuen Truppen sind mit Tanks ausgerüstet. Am Freitag hat der Oberbefehlshaber der japanischen Marine bereits mit neuem Angriff gedroht, falls die Chinesen die japanischen Forderungen nicht annehmen. Diese Forderungen sind noch einmal am Freitag abend genannt worden. Die Japaner fordern ein zeitweiliges Verbleiben japanischen Militärs in Gebieten, die außerhalb der internationalen Niederlassung liegen. Sie begründen dieses Verlangen damit, daß die große Zahl ihrer Truppen in der internationalen Niederlassung nicht hinreichend Raum hat.

Der Entwurf legt auch Einzelheiten fest für die Bildung des neutralen Völkerbunds ausschusses. Der Ausschuss soll die Zurückziehung der chinesischen und japanischen Regimenter festlegen und überwachen. Seine Entscheidungen sollen endgültig sein. Chinesischerseits besteht wenig Aussicht, diesen Entwurf anzunehmen, weil das Verbleiben japanischer Truppen außerhalb der internationalen Zone unannehmbar sei, denn die Besetzung bedeute entweder, daß japanische Truppen auf chinesischem Boden stehen oder daß der Ausschuss die besetzte Zone als eine Erweiterung der internationalen Niederlassung ansehen werde; beide Möglichkeiten widersprechen den anfangs aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen.

In Kanton ist es bei einer Kinoführung, die den Einmarsch japanischer Truppen in Tschapei zeigte, zu Tumulten gekommen. Chinesen stürmten die Bühne und zerfetzten die Leinwand. Drei Japaner wurden verletzt. Auch zwei chinesische Angestellte des Kinos wurden getötet. Den Direktor des Kinos warfen die Chinesen auf die Straße, wo er tot liegen blieb.

Ueber Moskau wird mitgeteilt, daß die Japaner beschlossen haben, Kanton zu besetzen. In Kanton ist von den Chinesen der kleine Belagerungszustand erklärt worden.

In Tokio sind neue Millionen für den Unterhalt der japanischen Truppen in der Mandschurei und in Schanghai bewilligt worden.

In der Mandschurei haben chinesische Streitkräfte über japanische Infanterie gesiegt. Die Japaner geben zu, erhebliche Verluste erlitten zu haben.

Von Friedensaussichten also noch keine Spur.

Zollerhöhungen in Irland.

in London, 25. März.

Die Regierung des irischen Freistaates hat in einer Verordnung verfügt, daß gewisse Klassen landwirtschaftlicher Maschinen mit einem Zoll von 33½ Prozent belegt werden sollen. Der Vorzugssatz für Waren aus dem englischen Weltreich beträgt 25 Prozent. Der neue Zoll tritt sofort in Kraft. Im letzten Jahre führte der irische Freistaat landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 227 000 Pfund ein.

Die Gefahr für die Rothemden ist groß; aber die Gefahr für die Regierung ist es auch. Die einen stehen waffenlos der Gewalt der Engländer gegenüber. Die Engländer dagegen haben alle Fühlung mit der Bevölkerung verloren. Sie können nicht mehr abschätzen, was in den Köpfen der Massen vorgeht.

In den Bergen stehen die Afriden, wie auf der Lauer.

Die Nord-West-Provinz ist geduckt, wie die Natur vor dem Nahen eines Sturmes. Niemand in Indien wagt zu prophezeien, was sich in diesem Wetterwinkel des Landes in den nächsten Monaten ereignen wird.

Krisengesetze in Dänemark zurückgezogen.

in Kopenhagen, 25. März.

Am Mittwochabend gab es im dänischen Landtag (Folketing) kurz vor Beginn der Osterferien eine Sensation. Der Ministerpräsident STAUNING zog nämlich wider Erwarten plötzlich die Krisengesetze zurück. Die Gesetze waren bereits im Folketing, in dem die Sozialisten die absolute Mehrheit haben, in zwei Lesungen angenommen. Für sie wäre im Senat (Landsting) keine Mehrheit zu finden gewesen, nachdem die Verhandlungen mit den Konservativen, die im Oberhaus mit der Bauernlinken zusammen die Mehrheit bilden, gescheitert sind. Um die Opposition zu neuen Verhandlungen zu veranlassen, ersuchte der Ministerpräsident den Präsidenten des Folketings, die weitere Verhandlung der Gesetze von der Tagesordnung abzusetzen, ein Fall, der in der dänischen Parlamentsgeschichte noch kein Vorbild hat.

Lappo-Bewegung verboten.

in Helsingfors, 24. März.

Das finnische Innenministerium hat am Donnerstagabend die weitere Tätigkeit der Lappo-Bewegung verboten. Die Maßnahme wird begründet mit gesetzwidrigen Handlungen, die von den Lappo-Führern organisiert worden sind.

Litauische Schachzüge.

in Kowno, 24. März.

Der litauische Innenminister erklärte am Donnerstag in einer Presseunterredung, daß der Kriegszustand in ganz Litauen und auch im Memelgebiet demücht aufgehoben werden würde. An die Stelle des Kriegszustandes wird aber ein „Gesetz zum Schutze der Republik“ gesetzt werden. Es verlautet, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes so scharf sind, daß praktisch der dem Namen nach aufgehobene Kriegszustand fortbesteht.

Zu der Frage des neuen Sejmwahlgesetzes erklärte der Innenminister ferner, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei. Es wird dazu bekannt, daß das Gesetz außerordentliche Schwierigkeiten macht und wiederholt grundlegend umgestoßen wurde. Das Gesetz soll alle politischen Parteien ausschalten und nur gewissen öffentlichen Instituten, wie Handels-, Landwirtschafts-, Handwerkskammern usw., die Berechtigung zur Aufstellung von Kandidaten geben.

Finanzausschuß des Völkerbundes in Paris.

in Paris, 24. März.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes, der sich seit 14 Tagen in Paris mit der finanziellen Lage der südosteuropäischen Staaten befaßt hat, beendete am Donnerstag seine Arbeiten. Die Sitzungen waren geheim. Der Bericht des Ausschusses wird sofort dem Völkerbund zugeleitet werden.

Amerika bleibt trocken.

in Washington, 25. März.

Das Repräsentantenhaus hat die aus Steuer-Bedürfnissen eingebrachte Vorlage, die den Ausschank eines 2½prozentigen Bieres erlauben wollte, am Freitag abgelehnt.

Parteitag der SAP.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hält vom 25. bis 28. März ihren ersten Reichsparteitag in Berlin ab. Hauptaufgabe des Parteitag ist die Aufstellung eines Parteistatuts und eines Parteiprogramms.

Am Freitag sprachen: ROSENFELD (Berlin) in einer kurzen Einleitungsrede, MAX SEYDEWITZ (Berlin) über die Aufgaben der SAP, WALCHER (Berlin) über Gewerkschaftsarbeit.

Am Sonnabend vormittag begann die Programmdebatte mit Reden von ZWELING zur Prinzipienklärung und WECKERLE zum Aktionsprogramm.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pabelteller-Verlag, Berlin

(72. Fortsetzung.)

„Nur ein vom Tode gezeichnetes Volk ist fähig, aus Angst vor dem Krieg zu rebellieren und dem Bolschewismus zu verfallen. Italiener! Ihr habt euch in dreizehn Jahren den Stolz opferbereiter Geschlechter anezogen! Kein Italiener, der zu murren wagt! Und wo sich dennoch ein Murrender zeigt, verfällt er schimpflichem Tode! Ihr seid Wegbereiter eines neuen Schicksals. Morast oder strahlende Höhe! Die Wahl fällt Faschisten nicht schwer. Heute nacht wird unsere Luftlotte Frankreich in einen Kirchhof verwandeln! Unsere Armeen haben dann nur noch die Trümmer des französischen Volkes zu beseitigen. Es lebe der Sieg!“

Das schwarze Menschenmeer tobt, entfesselt, schrankenlos. Gehören diese von Trieben vorhällichten Gesichter noch Menschen an? Menschen, in denen der Gottesfunke glimmen soll? Ist das nicht Dämonie? Urtrieb der Erde, der Menschenkreaturen zu tiefster Knechtschaft erniedrigt? Oder ist es Wille zu höchstem Opfer, gebracht zum Dienst an der Erde?

Oben in seinem verdunkelten Saal steht der Beherrscher eines Volkes, hämmert mit den Fäusten gegen seine Brust: „Siegen . . . ! Siegen . . . ! Denn wir glauben an uns . . . !“

XXIV.

„Ich habe Frau von Bassancourt hierher begleitet, weil sie dem Ministerpräsidenten eine wichtige Mitteilung zu machen hat.“ — Diese Worte spricht ein Uhr nachts ein General zu dem Offizier, der den Zugang zum Außenministerium kontrolliert.

Dank für ihre Hilfe, lieber General. In dieser unsoligen Nacht wäre ich sonst schwerlich bis hierher vorgedrungen.“ Germaine reicht dem Offizier die Hand und eilt die Stufen

hinan. Geisterhaft stehen links und rechts die Wachposten. In den Gängen herrscht beklemmende Stille. Nirgends Diener. Nur blaugraue, unbewegliche Uniformen. Germaine geht ratlos über die Teppichläufer. Wie aus dem Boden gewachsen steht plötzlich der Pressechef vor ihr. „Was wollen Sie hier, mitten in der Nacht, gnädige Frau . . . !“ Lobert sieht sie aus übernächtigen Augen an.

„Wenn ich ein kurzes Wort mit Baron Saint Brice . . . das heißt, ich möchte nur . . .“ Sie stockt und weiß nicht, was sie sagen soll.

Lobert stößt eine der Türen auf. „Treten Sie bitte inzwischen hier ein . . . Den Baron sprechen? Ausgeschlossen im Augenblick. Immer noch Ministerrat . . . Wie sind Sie überhaupt durch die Straßen gekommen? Wir sitzen seit Mittag hier und haben keine Ahnung, wie es draußen aussieht . . .“

Germaine tritt, verzweifelte Angst in den Augen, auf Lobert zu. „Ist es wahr, daß man Herrn Brandt heute nacht . . . Sagen Sie mir, ob er erschossen ist. . . !“

Lobert fühlt den lauten Atem der blonden Frau. „Erschossen? Bis jetzt noch nicht. . .“

Germaine sinkt in den Sessel, befreit. „Also nur sinnlose Gerüchte. . . Aber einer tuschelte sie dem andern ins Ohr. . . Bis jetzt noch nicht?“ Germaine kämpft wieder um ihre Fassung. „Soll das etwa heißen, daß diese furchtbare Möglichkeit immer noch. . .“

Dem Pressechef zucken die Augenlider nervös auf und ab. „Was weiß ich! . . . Es ist ja alles Wahnsinn! Die Regierung ist doch fertig! Es müßte seltsam zugehen, wenn wir morgen früh nicht alle dort drüben an den Kandelabern des Pont Alexandre baumeln! Die Revolution geht ja erst los!“

„Und wo . . . wo ist er . . . ?“

Lobert schließt im Zimmer umher. „Herr Brandt? Drüben im Empfangszimmer. Er ist von dem Toten nicht wegzubringen. . . Ah, Sie wissen noch nichts? Vorhin ist Broucq hier im Gang erschossen worden. . .“

Germaine klammert sich an die Stützen ihres Sessels. „Broucq!“ fragt sie entgeistert.

Lobert erzählt ihr in zehn Sätzen, was sich zugetragen hat.

„In Paris hat niemand eine Ahnung davon. . .“ sagt Germaine tonlos. „Warum tritt denn die Regierung nicht zurück!“

„Sie wartet darauf, totgeschlagen zu werden!“ schimpft Lobert. „Vollkommene Pleite! Aber Saint Brice spielt den starken Mann weiter. Seit zwei Stunden zerbrechen sich die Minister den Kopf, ob sie verschwinden oder den Helden-tod sterben sollen. Dabei kracht es überall. In Lyon soll der Teufel los sein, auch in den Hafenstädten! Morgen früh brennt ganz Frankreich! Blödere Politik konnte Saint Brice weiß Gott nicht machen! Capponi wird sich ins Fäustchen lachen! Jetzt gibt es für Frankreich einen Rückzug mit Pauken und Fanfaren! Aber vorher hängen Minister und Generäle an Straßenlaternen. Und dann steigt die rote Landrux auf den Thron! Verlockende Perspektiven!“

„Weiß man denn, wo die Landrux ist?“

Lobert zuckt die Achsel. „Jedenfalls wird sie nicht unter dem umgestürzten Eiffelturm liegen! Dieses Weibsbild kommt immer durch! Die finstere Hölle speit sie wieder aus Tageslicht! Passen Sie nur auf, gnädige Frau! Wir haben keinen friedlichen Nachtschlaf mehr, solange wir nicht mit eignen Augen den abgehackten Kopf dieses Brandfuchses liegen sehen.“

Germaines Atemzüge fallen hörbar in die Stille. „Herr Brandt muß oben den Ausbruch der Anarchie verhindern!“ ruft sie plötzlich energisch aus. „Er muß die neue Regierung bilden! Die andern sind ja doch nur Schwätzer!“

Loberts Lächeln wird zur traurigen Grimasse: „Er wird von der roten Flut auch aufgefressen! Niemand hält das auf. Die Völker haben seit hundert Jahren ihr Schicksal in der Anlage verpuscht! Jetzt können wir nur edle Reuotränken vergießen.“

„Hören Sie auf! Sollen wir in heldenmütiger Pose zusehen, wie wir alle in die Unterwelt befördert werden? Hart Brandt muß mit fester Faust zupacken. Es ist Unsinn, diesen Mann festzusetzen. . .“

(Fortsetzung folgt.)

Die Severing-Aktion vor dem Staatsgerichtshof. Ein undurchsichtiger Prozeß. — Was will Groener?

Vor dem Staatsgerichtshof begann heute die Verhandlung über die Klage der NSDAP gegen das Land Preußen wegen der Haussuchungen und Beschlagnahmen. Ueber den Hauptpunkt der nationalsozialistischen Klage, nämlich die Klage wegen der Verfassungswidrigkeit der SEVERING-Aktion und der Maßregelungen von Beamten wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP, wurde heute noch nicht verhandelt. Zur Verhandlung stand heute nur der Antrag der NS auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, nach der die preußische Regierung das beschlagnahmte Material den NS unverzüglich herausgeben und bis nach den Landtagswahlen zur Verfügung stellen sollte; das Material werde zur Durchführung des Wahlkampfes gebraucht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Reichsgerichtspräsidenten BUMKE, ob die Sichtung des beschlagnahmten Materials inzwischen soweit vorgeschritten sei, daß es bald freigegeben werden könne, erwiderte der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor BADT, die Sichtung sei noch nicht beendet. Es sei jedoch bereits Anweisung erteilt worden, alles Material herauszugeben, das nicht gebraucht würde zur Durchführung von Verfahren gegen irgendwelche Vergehen.

Das Wichtigste an der Verhandlung war die Mitteilung eines Briefes GROENERS an die preußische Regierung, vom 8. März. Ministerialdirektor BADT las den Brief vor. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Eine Person, die mit den Vorgängen bei den Nationalsozialisten und insbesondere bei den Sturmabteilungen vertraut ist, hat mir mitgeteilt: In den Sturmabteilungen seien in letzter Zeit Beobachtungen zu machen, die zu besonderer Vorsicht Anlaß geben. Zunächst habe man mit auffälligem Interesse dafür gesorgt, daß für alle SA-Leute die vorgeschriebene Ausrüstung beschafft würde, dann habe man sich, besonders in Schlesien, mit großem Eifer bemüht, die Waffenlager der Reichswehr zu erforschen. Zwar habe die Reichswehr besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen, wie z. B. die getrennte Lagerung von Gewehren und Schüsseln, aber auch das zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten Gebotene sei veranlaßt worden. Besonders bedenklich mache auch die Feststellung, daß an wichtigen Stellen die Führer, die nicht ehemalige Offiziere waren, plötzlich durch ehemalige Offiziere ausgewechselt worden seien. Alles das lasse darauf schließen, daß mit einem Handstreich zu rechnen sei. FRICK, GOFEBELS und STRASSER hätten die letzte Chance gehabt, sich legal in den Sattel zu setzen. Sollte sich nach Beendigung der Wahl herausstellen, daß der Sieg HITLERS ausgeschlossen sei, so sei mit einem Losschlagen zu rechnen.“

Ich gehe davon Kenntnis mit der Bitte um entsprechende Veranlassung.“

BADT gab dann folgende merkwürdige Erklärung ab: „Der preußische Innenminister habe von dieser Sachlage Kenntnis genommen und erst nach sorgfältiger Prüfung der ihm durch den Reichsinnenminister gewordenen Mitteilungen sich zur Durchführung der Maßnahmen entschlossen, in dem Augenblick, in dem nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahl die Gefahr bestand, daß enttäuschte Unterführer der SA zu illegalem Vorgehen schreiten könnten. Der Minister habe es für seine Pflicht gehalten, auf Grund des § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.“ (Rechtzeitig? Weshalb erst drei Tage nach der Wahl?) Merkwürdig berührt auch die weitere Mitteilung BADTs, daß SEVERING das Schreiben GROENERS bisher deswegen nicht bekanntgegeben habe, weil er die Öffentlichkeit nicht beunruhigen wollte. (Es hätte zur Beruhigung der Öffentlichkeit beigetragen, wenn SEVERING gleich damals, als er seine Aktion unternahm, klargestellt hätte, daß er durch ein Schreiben GROENERS zu seinen Maßnahmen veranlaßt worden war. Dann hätte GROENER schwerlich erklären können, er sei dabei völlig unbeteiligt.)

Die Verhandlung wurde geschlossen mit der Mitteilung des Vorsitzenden, er werde den Parteien einen Vergleichsvorschlag machen, über dessen Inhalt und Aussichten er im Augenblick nichts sagen könne. „Ich kann aber feststellen,

daß ich mit beiden Streitparteien dahin einig bin, daß es sich mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem jetzigen Streitverfahren wegen des Erlasses einer einstweiligen Verfügung fortzufahren.“ (Vermutlich wird die Mitteilung des preußischen Regierungsvertreters, die Freigabe des zur Verfolgung von Vergehen nicht nötigen Materials sei bereits angeordnet, die Grundlage für den Vergleich bilden.) Weshalb aber läßt sich der Regierungsvertreter auf einen Vergleich ein? Die Erklärung: „mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen“ ist nicht verständlich. Fürchtet BADT, daß eine einstweilige Verfügung tatsächlich erlassen würde? Eines scheint dafür zu sprechen: auf des Vorsitzenden Frage, ob Kartotheken und Mitgliederverzeichnisse beschlagnahmt worden seien — Material, von dem die NS behaupten, sie brauchten es in der Wahl-agitation —, antwortete BADT nach dem Bericht der Telegraphen-Union ausweichend.

Bemerkenswert ist noch die schonende Art, in der der Vorsitzende BUMKE eine beleidigende Äußerung des NS-Vertreters FRANK gegen SEVERING „erledigt“. FRANK hatte erklärt, SEVERING habe die Öffentlichkeit am 17. März über die Gründe seines Vorgehens getäuscht. Nach der Verhandlungspause erklärte hierzu der Vorsitzende BUMKE:

„Rechtsanwalt FRANK II hat heute vormittag eine Äußerung getan, die dahin gedeutet werden konnte, als wolle er dem preußischen Innenminister den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Nach Erörterungen über diesen Punkt hat sich ergeben, daß Herr FRANK diese Beschuldigung ferngelegen hat. Die Sache ist damit erledigt.“

(Kann FRANKS Äußerung etwa anders gedeutet werden als so, daß er SEVERING den Vorwurf der Täuschung machen wollte? Aber der Vorsitzende hatte nicht den Mut, dies festzustellen. Er geht sogar soweit, FRANK die peinliche Erklärung zur „Erledigung“ der Sache abzunehmen.)

GROENERS Stellung ist auch nach seinem Brief keineswegs klar. Jedenfalls ist die „Bitte um entsprechende Veranlassung“ zurückhaltend ausgesprochen, und die Telegraphen-Union erfährt „von unterrichteter Seite auf Anfrage“: „Der Reichsinnenminister habe lediglich pflichtgemäß die preußische Regierung von den Gerüchten in Kenntnis setzen wollen, damit sie am 13. März in der Lage sei, auf jeden Fall für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Davon, daß der Reichsinnenminister durch sein Schreiben die erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt erfolgten Haussuchungen und Beschlagnahmen bei der NSDAP habe veranlassen wollen, könne somit keine Rede sein.“

Braunschweiger NS-Kundgebung verboten.

p Braunschweig, 24. März.

Das Reichsinnenministerium hat die für Sonntag abend in Braunschweig anläßlich der Reichsführertagung der HITLER-Jugend vorgesehene Kundgebung verboten.

Innenminister KLAGGES äußerte sich dem Vertreter der Telegraphen-Union gegenüber zu dem Verbot der nationalsozialistischen Kundgebung: Das Reichsinnenministerium habe um eine genaue Umreißung des Rahmens gebeten, in dem die Veranstaltung stattfinden solle. Auch die neuen Vorschläge der Veranstalter seien vom Reichsinnenministerium als nicht ausreichend angesehen worden. KLAGGES habe der Organisation den Rat gegeben, auf die Kundgebung zu verzichten.

Von der NSDAP wird mitgeteilt: Von dem Verbot wird die Führertagung der HITLER-Jugend nicht berührt.

Bürgerschaftswahl in Hamburg.

k Hamburg, 24. März.

Der Senat hat die Bürgerschaftswahl auf den 24. April als den nächstmöglichen Termin festgesetzt.

Der erste Elterntag.

Von Eva Leitner.

Wir wollten einen Elterntag machen. Das heißt, wir Kinder wollten unsere Eltern einladen, daß sie in unser Schulheim kommen sollten. Wir wollten alles selber vorbereiten. Erstmals mußten wir nun Geld zusammenkriegen. Nicht für die Reise der Eltern sondern für das Essen. Wir hatten uns ausgerechnet, daß wir rund 50 M dazu brauchten. Diese 50 M haben wir so zusammengekriegt: Wir Kinder hatten eigenes Land. Da hatten wir Kartoffeln, Tomaten, Gurken und anderes Gemüse gepflanzt. Von diesem Gemüse wollten wir am Elterntag essen. Wir sammelten auch Boeren im Wald und kochten daraus Marmelade. Wir haben im Heim einen eigenen Kinderhaushalt und zahlen für jede Mahlzeit einen besonderen Preis. Jetzt bestellten wir das Essen oft ab und kochten selber billigeres Essen: Kartoffelsuppe oder eigenes Gemüse. Aus dem Bach haben wir angeschwemmtes Holz gefischt und an das Heim verkauft. Postkarten, Baststiele, Topflappen wurden hergestellt und verkauft. Endlich hatten wir die 50 M zusammen!

Nun hieß es, den Elterntag vorbereiten. Die Zimmer wurden gescheuert, die Spinnweben abgefegt, Fenster geputzt und alles sauber gemacht. Wir haben auch Kuchen gebacken. Wir hatten nämlich vorher Roggen und Weizen von den Stoppelfeldern gesucht. Ein Bauer hat uns das Korn gedroschen und wir haben es gemahlen und gebacken. Wir haben auch ein Theaterstück umgedichtet und vorbereitet. Das hieß „Der Ausreißer“. Wir mußten feste proben, besonders die letzte Szene. Die war ziemlich schwer, weil man da so ernst sein mußte, wo man doch eigentlich gern laut losgelacht hätte.

Endlich kam der Tag, wo die Eltern kommen sollten. Julie und ich deckten noch den Tisch, und dann ist die ganze Schar zum Bahnhof gegangen. Ich habe meinen Vater schon

von weitem erkannt, weil er so'n lange Latte ist. Natürlich hatten wir unsern Handwagen mit, wo wir das Gepäck draufgelegt haben. Auf einmal, als wir ein halbes Kilometer vom Heim entfernt waren, fing es an zu gießen. Im Heim zogen wir uns um und tranken im Esszimmer Tee und aßen Brot und Marmelade. Es schmeckte sehr gut. Auf einmal fiel Heinz ein, daß in zehn Minuten seine Großmutter auf dem Bahnhof ankommt. Er sauste schnell mit einem Rade ab.

Inzwischen sind wir mit unsern Eltern in die Zimmer gegangen und haben ausgepackt. Mein Vater hatte uns ein Segelflugzeug einen Fallschirm und einen Webrahmen mitgebracht, der natürlich gleich in den Schrank wanderte, weil ich ja damit nichts anfangen konnte. Um so mehr freuten wir uns über unser Flugzeug. — Viele Eltern hatten Kuchen mitgebracht, auch Obst, besonders viele Weintrauben. Das wurde gleich in die Küche getragen zu den anderen Sachen. Es waren auch 50 Eier da. Denn es sollten mal Festtage sein.

Am nächsten Morgen sind Annelise und ich schon ganz früh aufgestanden und rüborgestürzt. Die Mütter waren schon auf und tüchtig an der Arbeit. Das sollten sie eigentlich nicht. Die anderen schliefen noch. Als ich in meines Vaters Zimmer kam, schlief er oder er tat wenigstens so. Denn als ich ihn genauer ansah, lachte er. Wir deckten schnell den Tisch. Beim Frühstück gab es noch nichts von den Herrlichkeiten, weil wir sie zum Kaffee essen wollten. Nach dem Frühstück sind wir spazieren gegangen. Die meisten hatten einen Trainingsanzug an. Es war sehr kalt, darum haben wir nur einen kleinen Rundgang gemacht. Nachher hat uns ein Vater was auf seiner Zitter vorgespielt. Beim Mittagessen gab es zum Nachtsch schon Obst. Das schmeckte sehr gut. Nach dem Essen hat uns Chiyin im Musikzimmer chinesische Lieder vorgesungen und Gedichte aufgesagt. Die klangen so wie leise Lieder. Dann hat sie Federball gespielt, so wie die chinesischen Kinder spielen. Wir versuchten, es nachzumachen, aber es gelang uns daneben. Endlich kamen wir an die Reihe. Wir hatten Lieder von unserm Zeltlager am

Berliner Haushaltsentwurf 1932.

h Berlin, 23. März.

Der Magistrat und die Bezirksbürgermeister nahmen in der gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. März, den Vortrag des Stadtkämmerers über den Haushaltsentwurf 1932 entgegen.

Das Jahr 1930 hatte mit einem bisher ungedeckten Fehlbetrag von 63 Millionen Mark abgeschlossen. In dem Etat 1931 ergab sich ein weiterer voranschlagsmäßiger Fehlbetrag von 67 Millionen Mark, das tatsächliche Defizit des laufenden Jahres dürfte allerdings etwas niedriger sein. Die Kassenlage wurde entlastet durch die Veräußerung der Bewag, die etwa 190 Millionen Mark erbrachte und zu einer erheblichen Verringerung der schwebenden Schuld führte. Im Jahre 1931 wurden neue Kassenkredite von rund 42 Millionen Mark aufgenommen, gleichzeitig aber nicht unerhebliche Teile der lang- und kurzfristigen Verpflichtungen getilgt.

Der Haushalt 1932 ist mit äußerster Einschränkung der Aufgaben aufgestellt und bringt schwerwiegende Maßnahmen auf allen Gebieten der kommunalen Arbeit. Während die Jahresrechnung 1930 Ausgaben in Höhe von 1184 Millionen Mark, nach Abzug der Lasten für Wohlfahrtserwerbslose 1104 Millionen Mark auswies, sind im Etat 1932 ohne Wohlfahrtserwerbslose rund 820 Millionen Mark vorgesehen, also 284 Millionen Mark weniger als im Haushalt 1930. Davon werden besonders betroffen das Bauwesen und der Wohnungsbau, aber auch alle übrigen Zweige der städtischen Verwaltung, bei denen die erheblichen Kürzungen an Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen sich nunmehr für ein volles Jahr auswirken. Für Barunterstützungen der Wohlfahrtserwerbslosen sind 193 Millionen Mark vorgesehen, anstelle einer Istausgabe für 1930 von 80 Millionen Mark (für 1929 36 Millionen Mark). Außerdem belief sich der städtische Anteil an der Reichskrisenfürsorge für 1930 auf nur 11 Millionen Mark, während er im neuen Haushaltsjahr 21 Millionen Mark betragen wird. Hierzu kommt, daß im Haushaltsjahr 1931 498 Millionen Mark Steuern veranschlagt wurden, während für 1932 trotz erhöhter Abgaben (Erhöhung der Umsatzsteuer, Gewerbelohnsummensteuer) nur 426 Millionen Mark erwartet werden.

Ueber die Höhe des voraussichtlichen Fehlbetrages für 1932 konnte der Kämmerer noch keine abschließenden Zahlen vortragen, da die Frage der Zuschüsse des Reiches zu den Wohlfahrtslasten noch nicht abschließend geklärt ist und auch wegen der Verteilung der Hauszinssteuer noch keine endgültigen Entscheidungen vorliegen. Angesichts dieser Tatsache beschloß der Magistrat zunächst, von dem Vorschlag des Kämmerers Kenntnis zu nehmen, im Rahmen der vorgesehnen Ausgaben vorläufig zu wirtschaften und wegen des zu erwartenden Fehlbetrages und seiner Deckung unverzüglich nach Ostern Verhandlungen mit der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung aufzunehmen. Die beabsichtigte Vorlage des Etats an die Stadtverordnetenversammlung wird unter diesen Umständen eine Verzögerung erfahren.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur
Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die

Internationale Verlags-Anstalt, S. K. / Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Edersee gedichtet und Bilder dazu gemalt. Die Lieder sangen wir vor. Dann sind wir zum Kaffeetrinken gegangen. Da gab es eine Menge Kuchen. Wir hatten da so rein wie die Scheunendrescher. Von dem Kuchen, den wir gebacken hatten, wurde am meisten gegessen. Wir spielten auf dem Sportplatz. Abends erzählte ein Genosse aus seinem Leben. Dann mußten wir ins Bett. Am nächsten Morgen sind wir nicht so früh aufgestanden, denn wir haben uns sehr lange im Bett unterhalten, wie gut wir schon schwimmen konnten. Es war aber sehr kalt, und es sind nur einige ins Wasser gegangen. Nachmittags haben wir in der Turnhalle und auf dem Sportplatz geturnt. Dann haben die Eltern etwas aus ihrer Schulzeit aufgeführt. Die jüngeren Kinder haben Rumpelstilzchen gespielt und wir den „Ausreißer“. Es klappte alles ziemlich gut.

Wir aßen noch mal alle zusammen Abendbrot. Dann sind die Eltern wieder weggefahren. Es waren schöne Tage.

Aberglaube in Amerika.

Zur Zeit des Affenprozesses in Dayton, Tennessee, haben sich viele deutsche Freidenker gewundert, wie es möglich war, daß ein Lehrer, der die Entwicklungslehre von DARWIN seinen Schülern zu erklären versuchte, seines Amtes enthoben, angeklagt und schuldig befunden werden konnte.

Wes Geistes Kind viele Lehrer in Amerika sind, besonders in den Südstaaten, beweist folgendes Beispiel: Professor O. A. BOWDEN vom Staatslehrer-Seminar in New Mexiko wollte durch Rundfrage an Lehrer, Geschäftsleute, Handwerker und so weiter feststellen, wieviele von diesen daran glauben, daß Witterungsänderungen und Krankenheilungen durch Gebete herbeigeführt werden können. Auf der letzten Tagung des Verbandes amerikanischer Erzieher in New Orleans veröffentlichte er das Ergebnis seiner Rundfrage: Von 100 Lehrern glauben 78 an Gesandheitsregel, unter den übrigen Erufen erklären sich 76 Prozent dafür.

„Ordnungszelle Braunschweig.“ Der Straßenterror.

A. R. Braunschweig, 24. März.

„Braunschweig ist unter der nationalsozialistischen Regierung zu einer Ordnungszelle im deutschen Staate geworden.“

Diese „Wahrheit“ wird seit Monaten in den verschiedensten Variationen von den NS-Rednern dem Publikum in die Ohren geblüht; die NS-Zeitungen bringen sie in fetten Lettern; der Minister KLAGGES verkündet sie stolz — und alle politischen Kinder sind von ihr überzeugt.

GROENER hat in seiner Erklärung vom 18. März gesagt: „Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet...“ Entweder dies ist einfach nicht wahr, oder aber GROENER duldet bewußt, was ein sorgfältiger Beobachter in Braunschweig sieht, und wofür wir hier einige Augenzeugenberichte bringen.

W. P. Am Tage der Reichspräsidentenwahl ging ich gegen 18 Uhr durch die Stadt. In der Nähe einiger Wahllokale hielten sich kleinere Trupps von SA-Leuten auf. Auf der Okerbrücke am Gieseler begegneten mir drei SA-Leute auf Rädern; sie hielten den Schulterriemen mit dem Karabinerhaken fertig zum Zuschlagen in der Hand. Auf dem Bohlweg marschierte ein Trupp SA-Leute in Zweierreihen angetreten auf die Langedammstraße zu.

H. S. Gegen 18 Uhr fuhr ein mit SA-Leuten vollbesetzter Lastwagen durch das Lechlumer Holz auf Braunschweig zu. Die Insassen waren — soweit ich feststellen konnte — für eine größere Aktion ausgerüstet.

(Wie vertragen sich diese Tatsachen mit der Erklärung des Herrn RÖHM, daß er „beabsichtige, für den Wahltag die SA in ihren Unterkunftsräumen zusammenzuhalten, um allen Zusammenstößen vorzubeugen“?)

W. P. Am 15. März kam ich gegen 23.30 Uhr über den Steinweg. Ein Haufe SS-Leute (an der Mütze den Totenkopf) stürmte vom Theater kommend in die Schuppenstedter Straße. Ich glaubte zunächst, daß es auf das Verkehrslokal der Kommunisten, das in dieser Straße liegt, abgesehen sei. Ich folgte dem wild johlenden Haufen und sah, wie er versuchte, die Guldenklinke (eine Arbeiterstraße) zu stürmen. Der Versuch mißlang, und die Bando zog lärmend weiter nach der Fallersleberstraße, dauernd begleitet von einem Kraftwagen, der zum Transport des NS-„Ueberfallkommandos“ eingerichtet worden war. — Und die Polizei? Zwei Beamte, die vom Landestheater herankamen, folgten nicht etwa sofort den Banditen. Sie bemühten sich vielmehr um eine kleine Sohar Neugieriger, die vom Steinweg aus das Schauspiel verfolgte. „Weitergehen! Weitergehen! Ich fordere Sie zum zweiten Mal auf, weiterzugehen!“ Erst nach geraumer Zeit — der Sturm auf die Guldenklinke war schon im Gange — setzten sie sich in Trab. Sie gingen dann zwischen den SS-Trupps umher, ohne irgend einen der Ruhestörer aufzugreifen. Ein Wagen des Ueberfallkommandos traf allmählich auch ein und — fuhr langsam an den randallierenden SS-Leuten vorbei.

Zehn Minuten später kam ich durch die Lange Straße, die am 17. und 18. Oktober vorigen Jahres von den SA-Horden am stärksten heimgesucht worden war. Die Genossen von den Arbeiter-Schutzstaffeln standen in kleinen Trupps umher. Ich erzählte ihnen, was ich eben erlebt hatte. „Wir wissen es schon“, war ihre Antwort.

A. K. Am 17. März ging ich etwa um 19.30 Uhr an der NS-Buchhandlung auf dem Bohlweg — einer der belebtesten Straßen Braunschweigs — vorbei. Ich trug mein ISK-Abzeichen. Eine Rote von sechs mit Knüppeln bewaffneten Nazis kam auf mich zu. Einer versuchte das Abzeichen abzureißen. Nur weil es sehr fest saß und zufällig zwei berittene Polizisten um die Ecke bogen, behielt ich mein Ab-

zeichen und konnte unbehelligt weitergehen. Auf dem Bohlweg und dem Steinweg sah ich zahlreiche NS-Horden umherlaufen und Arbeiter anpöbeln.

O. B. Ich will am 17. März in eine Versammlung gehen. Auf dem Burgplatz: ein Menschenauflauf und Geschrei. Etwa acht Nazis, teils in schwarzer Uniform mit dem Totenkopf vor der Mütze, teils in „Zivil“, verdreschen einen Jungen von etwa 16 Jahren und entlassen ihn mit den Worten: „Tu das nicht wieder!“

Ein junger Arbeiter kommt vorbei, erkennt einen der an der Schlägerei beteiligten Nazis und sagt: „Du bist natürlich auch wieder dabei!“ Das Wort veranlaßt die Nazis, über den jungen Arbeiter herzufallen. Er bekommt Tritte und Faustschläge. Dabei ruft einer der NS wütend: „Ihr denkt wohl, ihr habt uns schon runter?“

Zwischen 22 und 23 Uhr gehe ich nach Hause. Auf dem Steinweg und in den von Arbeitern bewohnten Nebenstraßen ist alles ruhig. Plötzlich kommen vom Landestheater her etwa 50 NS (graue Militärmäntel, an der Mütze den Totenkopf, zum Teil mit dem Partelabzeichen) mit dicken Knüppeln, einer sogar mit einem Totenschläger bewaffnet. Sie verteilen sich auf beide Straßenseiten. Ein Signal ertönt. Etwa 6 NS stürzen sich auf einen Passanten, der mit zwei anderen ruhig seines Weges geht und keinen Anlaß zu Tötlichkeiten gibt. Er kann rechtzeitig entfliehen. Als ich 50 Meter weitergegangen bin, erlebe ich das gleiche Manöver. Ein Dutzend NS stürzt sich auf einen jungen Arbeiter. Das alles geschieht unter den Augen der Polizei, die dauernd patrouilliert. Beim zweiten Ueberfall greifen die Beamten ein. Sie nehmen den fliehenden Arbeiter fest, machen aber keine Miene, gegen die Angreifer und Verfolger vorzugehen, die nur wenige Meter von ihnen entfernt stehen.

Der Verprügelte wird abgeführt. Die NS-Horden machen weiterhin die Straßen unsicher, und zwar in organisierter Weise. Sämtliche Straßenecken sind durch NS-Trupps besetzt.

O. B. Ich bin am Freitagabend (18. März) zufällig Zeuge einer Unterhaltung zwischen zwei achtzehn- bis zwanzigjährigen NS in „Zivil“. Der eine rühmt sich: „Ich gehe mit meinem Abzeichen überall hin, auch durch die Mauernstraße (eine Arbeiterstraße, O. B.). Es hat noch keiner gewagt, mich anzurühren.“ — Es ist offenbar eine Mutprobe für die NS, sich den Anwohnern der Arbeiterstraßen als SA- oder als SS-Mann kenntlich zu machen. Eine weitere Mutprobe ist wahrscheinlich, nachts in Gruppen in diesen Straßen aufzutreten und die Anwohner durch „Heil“-Rufe und anderen Lärm zu provozieren. Beziehen bei solch einer Gelegenheit einige NS die wohlverdienten Prügel, so ist für sie ein Grund gegeben, in die betreffende Straße eine „Strafexpedition“ zu schicken.

Ein Kollege berichtet mir von dem Gespräch zweier NS-Jünglinge, das er am gleichen Abend auf der Plattform eines Straßenbahnwagens anhörete. Diese Jünglinge rühmten sich, einige politische Gegner überfallen zu haben, und zwar so schnell, daß die Betroffenen kaum begriffen hätten, von wem sie die Schläge erhalten haben. — Es ist ziemlich gleichgültig, ob diese „Heldentat“ wirklich ausgeführt worden ist oder nicht. Auf jeden Fall zeigt das Gespräch, daß der Geist des organisierten Verbrechertums bei den NS herrscht.

So weit die Einzelberichte. Ueberfälle auf Arbeiterstraßen, Provokationen, Schlägereien und Schießereien sind heute in Braunschweig an der Tagesordnung. Schaufenster und Schaukästen der Arbeiterorganisationen gehen alle Augenblicke in Scherben. Die Arbeiterbevölkerung Braunschweigs wird systematisch terrorisiert. Die Polizeibeamten greifen nicht ein, entweder weil sie mit den NS sympathisieren, oder aber, weil sie — wenn sie gegen die NS-Banditen vorgehen — befürchten müssen, gemäßregelt zu werden. Polizeibeamte, die während des Braunschweiger SA-Treffens im Oktober 1931 randallierende

und sich Polizeigewalt anmaßende SA-Leute mit dem Gummi-Knüppel bearbeiteten, sind von KLAGGES bestraft worden. Kann man sich unter diesen Umständen über das Verhalten der Polizeibeamten wundern? Braunschweig erlebt heute einen staatlich geschützten Terror.

Nach solchen Erfahrungen muß man — trotz des Verbots der Kundgebung am Sonntagabend — erwarten, daß während der Führertagung der HITLER-Jugend Ostern, die Braunschweiger Bevölkerung unter dem gleichen Terror stehen wird, den sie im Oktober vorigen Jahres kennengelernt hat. Seit einigen Tagen schon ziehen Scharen von HITLER-Jünglingen mit Knüppeln im Arm durch Braunschweigs Straßen, und Schuljungen tragen mit Stolz die schwarze, totenkopfgeschmückte SS-Mütze zur Schau.

Es besteht kein Zweifel: KLAGGES will diesen Terror — er macht den NS-Banditen den Weg frei. Und GROENER duldet diesen Terror — er macht keinen ernsthaften Versuch, ihm zu wehren. Die Arbeiterschaft Braunschweigs ist deshalb einig in der Forderung:

Fort mit KLAGGES!

Fort mit GROENER!

BVG-Direktor Brolat beurlaubt.

h Berlin, 24. März.

Direktor BROLAT hat an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Berliner Vorkehrungs-Gesellschaft folgenden Brief gerichtet:

„In der Verhandlung im SKLAREK-Prozeß am 21. März 1931 hat das Gericht, wie dies der Vorsitzende schon lange vor meiner Vernehmung zum Ausdruck gebracht hat, beschlossen, mich nicht zu beurlauben, weil ich nach Ansicht dieses Gerichts der Begünstigung verdächtig sei.“

Obwohl meine Rechtsberater den darin enthaltenen Vorwurf rechtlich und tatsächlich für völlig unbegründet halten und ebenso wie ich von meiner Schuldlosigkeit fest überzeugt sind, — auch davon, daß sie von einem objektiven Gericht anerkannt werden wird —, verkenne ich nicht, daß es im Interesse der Gesellschaft, deren Vorstand anzugehörigen ich die Ehre habe, liegen könnte, wenn ich die Vorstandsgeschäfte eine zeitlang nicht führe, bis ich auch dem Aufsichtsrat die Ueberzeugung verschafft habe, daß der ausgesprochene Verdacht unbegründet ist.

Ich bitte aus dieser Erwägung heraus, mich einstweilen zu beurlauben.“

Direktor BROLAT ist daraufhin unter Kürzung seiner Bezüge bis zur gerichtlichen Klärung beurlaubt worden.

„Rote Fahne“-Verbot abgekürzt.

h Berlin, 24. März.

Das Verbot der „Roten Fahne“ ist bis einschließlich 26. März abgekürzt worden.

Großfeuer im Dorf.

h Wesermünde, 24. März.

Am Mittwoch brach in Wollinget in einem landwirtschaftlichen Anwesen ein Großfeuer aus. Bald griffen die Flammen auf Nebengebäude über. Mehrere wurden in Asche gelogt. In kurzer Zeit stand auch das Schulgebäude in Flammen. Fünf weitere Hölzer folgten. Den sieben aus der Nachbarschaft herbeigekommenen Feuerwehren gelang es, die Anwesen zu retten. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Schule brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder, ebenso einige landwirtschaftliche Gebäude. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

GÖTTINGEN

Am 1. März erschien eine Neuauflage des glänzend begutachteten alkoholgegnerschen Heftchens

Erfrischt Euch!

Rezepte für gesunde Erfrischungen an heißen und kalten Tagen, natürlich alkoholfrei! Mit ausführlicher Anweisung zum Selbstbereiten unvergorener Obstsaft. 32 Seiten, reich illustriert. Mit ärztlichem Aufklärungsaufsatz. Einzelpreis: 10 Pf. Preis bei Abnahme von mindestens 50 Stück 5 Pf. Gegen Voreinsendung des Betrages postfreie Zusendung. — Bestellen Sie sofort! Für alkoholfreie Gaststätten, vegetarische Mittagstische und Reformhäuser zum Verkauf gut geeignet.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw.

Spezialität.

Anfertigung moderner Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker
Judenstraße 2 1/2

Apfelsaft

naturrein und ungegoren
hervorragend zur Frühjahrskur
bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guericke-Straße 103

BREMEN

Sporthaus RIETSCHEL
Bremen, Westerstraße 97/99.

Hermann Wetjen, Reformhaus
Bremen-Neustadt, Pappelstraße 62.

ESSEN

Besucht
das neuzeit. Vöstarische Spielhaus
Hind. über 1 reihe 20 (gegenüber dem Schauspielhaus)
Essen ab 40 Pfennig

Sprechapparate
Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Plotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Die Vermünder sind am Werk der Vernichtung geistiger Freiheit! Darum helfe an der Aufklärung Sozialisten!

Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen

Von Leonard Nelson

Zweite, vermehrte Auflage. 265 Seiten.
Broschiert 3,— RM Ganzleinen 4,10 RM

Aus dem Inhalt:
Eigene Verantwortung und innere Wahrhaftigkeit. — Erziehung zur Tapferkeit. — Von der Zukunft der inneren Freiheit. — Erziehung zum Knechtgeist. — Führer und Verführer. — Was ist liberal? — Ethischer Realismus.

Aus den Besprechungen:
„Nelsons Reformation der Gesinnung“ ist ein Aufruf und Programm, eine Sammlung von Stimmen zum Kampfe gegen Unrecht, Unfreiheit, Stumpfheit und Trägheit.“
„Neues Leben“, 2. Jahrgang, Heft 2/3.
„Die bisherige Erziehung war viel zu sehr Erziehung zur Autorität und Opportunität und erzog dadurch zum Knechtsein, die neue Erziehung — wie sie Nelson fordert — soll eine Erziehung zu eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit sein.“
„Pädagogisches Zentralblatt“, 3. Jahrgang, Heft 7.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdruckereien

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelr. F 1 Moritzplatz 5471

Arbeiterkinderhelm
Mäden a. d. Oerze, Kr./elle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

WAHN-EUROPA 1934
Schöne Gesinnungsbund. Preis M. 2,80 (einschl. 8 Wochenposten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hambu g 24
Bismarckstr. 8. Postfach: Hamburg, 53161

Achtung vor Verträgen.

k Paris, 25. März.

Im Senat äußerte sich am Freitag Finanzminister FLANDIN gelegentlich der Haushaltsberatungen zur französischen Haltung auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz. Er erklärte, daß sich die französische Abordnung eng an die Ausführungen der Baseler Sachverständigen halten werde, in denen eindeutig zum Ausdruck gekommen sei, daß ein Verzicht auf die Reparationen die Lasten nur auf andere Schultern abwälzen werde. Die Streichung der Reparations- und der Kriegsschulden werde die Krise nicht beheben. Man müsse vielmehr zu allgemeineren Lösungen schreiten. Langfristige Kredite seien notwendig, deren Vorbedingung jedoch die Achtung von den übernommenen Verpflichtungen sei.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, HENRY BERENGER, wies in seinen Ausführungen auf die Fehlbeträge in sämtlichen europäischen und außereuropäischen Haushalten hin, die er auf insgesamt 100 Milliarden Francs bezifferte. Von der bevorstehenden Lausanner Konferenz werde zum großen Teil das Gleichgewicht des französischen Haushalts abhängen, weil die deutsche Reparationszahlungen eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle für Frankreich darstellten. Die Bounruhigung, die im Augenblick über den französischen Haushalt bestehe, werde durch die Unsicherheit der Verträge hervorgerufen. Das HOOPER-Moratorium habe den Begriff „Vertrag“ zerstört. Es sei in letzter Zeit zu einer Gewohnheit geworden, die Revision eines Vertrages zu verlangen, der kaum unterzeichnet sei. Die Befürchtung einer Umwälzung in der ganzen Welt werde außerdem durch die Revisionspolitik dieser Staaten bestärkt. Diese Befürchtung und die Unsicherheit hätten das internationale Vertrauen vernichtet.

„Niemand zu lügen . . .“

Im weiteren Verlauf der Senatssitzung sprach TARDIEU. Er erklärte, der französische Haushalt rechnet mit den 1173 Millionen Francs, die Deutschland im Juli als Reparationen zu zahlen habe. Wenn man diese Eintragung nicht gemacht hätte, so würde das einen Verzicht Frankreichs auf die deutschen Reparationen bedeutet haben. „Niemand hätte uns das verziehen. Möge der Himmel geben, daß die 1173 Millionen sich eines Tages in unserer Kasse befinden. In der Reparationsfrage ist Frankreich bereit, die freiwillig unterzeichneten Verträge den Verhältnissen anzupassen. Es verzögert aber eine Mißachtung der Unterschrift. Das bedeutet, daß wir im kommenden Juni zur Lausanner Konferenz gehen, nachdem wir unseren Standpunkt dem der anderen Mächte, mit denen wir uns treffen werden, genähert haben. Wir werden aber entschlossen an unserer Auffassung festhalten, weil dies unser Recht ist, und weil wir die Sicherheit von morgen auf die Unterschriften der Abkommen aufbauen wollen, die gestern getroffen worden sind, und die wir deshalb nicht zerstören können.“

TARDIEU erklärte dann, daß die Verhandlungen über die Schaffung der Donauföderation einen befriedigenden Verlauf nähmen. Mit England habe Frankreich die Gewohnheit aufgenommen, auf freundschaftliche Weise zu verhandeln. Es sei notwendig, zwischen Frankreich und Italien die letzten noch bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Was die innerpolitische Lage Frankreichs angehe, so seien die Schwierigkeiten nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. In der Außenpolitik ist es die Aufgabe eines demokratischen Staates, niemals zu lügen, und immer mit offenen Karten zu spielen.

TARDIEUS Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der Kampf um den Treueid.

Massenkundgebungen in Irland.

Im englischen Unterhaus wird noch nachträglich heftig um die englische Regierungserklärung zur irischen Frage gestritten. Unterhausmitglieder werfen der Regierung überstürztes und oberflächliches Handeln vor, das die Freiheit der irischen Nation verkenne. Das Parlament habe keine hinreichende Gelegenheit zur Meinungsäußerung gehabt. Von seiten der Regierung wurde erwidert, einer eingehenden

den Aussprache über diese Frage stehe nach Ostern nichts im Wege. Darauf vertagte sich das Haus bis zum 5. April. MAC DONALD hat seine Osterreise aufgegeben und bleibt während der Feiertage in London, um sich eingehend mit der irischen Frage zu beschäftigen.

Für den Ostersonntag sind in allen irischen Städten Massenkundgebungen angesetzt, in denen zur Frage der Abschaffung des Treueids und der Einstellung der Zahlungen an England Stellung genommen werden soll. Es heißt, daß die Schärfe der englischen Erklärung auf die irische Regierung zwar Eindruck gemacht habe, an ihrem Entschluß, den Treueid auf alle Fälle abzuschaffen, aber nichts geändert habe. Am Donnerstag wandte sich DE VALERA an das amerikanische Volk in einer Botschaft, in der er den Treueid als eine unerträgliche Last für das irische Volk bezeichnet. Er sehe in ihm das Haupthindernis für das Zustandekommen guter Beziehungen zwischen England und Irland und sei fest entschlossen, ihn zu beseitigen.

n Dublin, 26. März.

Wie verlautet, wird die Antwort der irischen Regierung auf die englische Note bezüglich des Treueids und der Entschädigungszahlungen davon ausgehen, daß Irland zwar den irisch-englischen Vertrag als solchen nach wie vor anerkennt, daß jedoch der Teil aus der irischen Verfassung ausgeschaltet worden soll, wonach jedes irische Parlamentsmitglied vor der Eröffnung der Sitzungsperiode den Eid abzulegen hat. Der Vertrag selbst sehe keine derartige Verpflichtung vor.

Bezüglich der Entschädigungszahlungen werde DE VALERA voraussichtlich auf Nordirland hinweisen, dem die Entschädigungszahlungen gestundet seien. Ferner werden, wie verlautet, der Antwort Gutachten einer Anzahl bedeutender irischer Richter angefügt werden, die dem irischen Standpunkt in dieser Frage beipflichten.

Erhöhung der Angestelltenpensionen in Frankreich.

Die Kammer gegen die Regierung.

Die französische Kammer hat am Donnerstag das Finanzgesetz verabschiedet. Gegen den Antrag der Regierung wurde die Erhöhung der Pensionen für ehemalige staatliche Angestellte um 1000 Francs im Jahr beschlossen. Die Kammer nahm außerdem einen Gesetzesvorschlag an, der die Regierung ermächtigt, der „Compagnie Générale Transatlantique“ Kredit bis zur Höhe von 68 Millionen Francs zur Verfügung zu stellen, um ihr zu ermöglichen, die bereits auf Kiel gelegten Schiffe zu Ende zu bauen.

Lansbury erteilt eine gute Antwort.

m London, 25. März.

Die konservative Abgeordnete Herzogin von ATHOLL brachte im Unterhaus die englischen Holzkäufe in Rußland zur Sprache. Diese seien, so sagte sie, ein Schandfleck auf der Ehre Englands, denn es sei klar erwiesen, daß in der russischen Holzindustrie die verschiedensten Arten der Zwangsarbeit herrschten. Daher seien die englischen Holzkäufe zu einem beträchtlichen Teil verantwortlich für die Leiden der russischen Holzarbeiter. Der Oppositionsführer LANSBURY erklärte demgegenüber, daß diese Behauptungen nicht bewiesen werden könnten. Wenn England die russische Regierung zur Enthüllung der russischen Arbeitsbedingungen auffordern wolle, dann habe Rußland seinerseits das Recht, Aufklärung zu verlangen über die Arbeitsbedingungen der Eingeborenen in der englischen Kolonie Kenya und in den Schlachthäusern von Bombay und Kalkutta.

Stützungsaktion für Oesterreich und Griechenland.

k Paris, 25. März.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes, der am Donnerstag seine Arbeiten beendet hat, schlägt in seinem Bericht den Regierungen eine gemeinsame Stützungsanleihe vor, die zunächst Oesterreich und Griechenland zugedacht ist, später

aber auch auf andere Donaustaaten ausgedehnt werden soll, um ihnen die Ueberwindung der augenblicklichen Krise zu ermöglichen.

v Athen, 25. März.

Ministerpräsident VENIZELOS erhielt am Donnerstagabend vom Kabinett freie Hand in der Behandlung der Finanzfrage. Der Baschlu erfolgte in einer Kabinettsitzung, die sich mit dem Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die griechischen Finanzen befaßte.

Paris, 26. März.

VENIZELOS hat beschlossen, auf seinem Posten zu bleiben. Am Freitagabend fand eine längere Besprechung statt, an der außer dem griechischen Staatspräsidenten ZAMIS auch Finanzminister MICHALAKOPOLOS teilnahm, in deren Verlauf die sofortige Bildung einer Regierung der nationalen Einigung beschlossen wurde. Die näheren Einzelheiten darüber sollen am Montag festgelegt werden. Die griechische Regierung soll außerdem die Absicht haben, unverzüglich die Zinsen für die Auslandsanleihen zu bezahlen, die sich auf etwa zweieinhalb Millionen Mark belaufen.

Berufssperre für Ausländer in der Türkei.

q Istanbul, 25. März.

Der Gesetzentwurf über die Sperrung von Berufen für Ausländer ist fertiggestellt und im Druck; er wird in der nächsten Woche die Nationalversammlung beschäftigen. Wird er so Gesetz — und es ist kaum daran zu zweifeln —, dann ist die Türkei als Arbeitsland für Ausländer so gut wie erledigt. Die paar Berufe, die noch frei gelassen sind — abgesehen von besonders mit ministerieller Erlaubnis auf Zeit angeworbenen Fachleute —, können jederzeit auch von dem Gesetz erfaßt werden, da dieses eine Klausel enthalten soll, wonach die jetzt noch frei gelassenen Berufe durch einfachen, zusätzlichen Beschluß des Ministerrats gesperrt werden können. Zu den freigelassenen Berufen gehören die der Hotelleiter, Musik- und Tanzlehrer, Tierärzte und Chemiker, weil es für diese Berufe noch nicht genügend geschulte Türken gibt.

17 Schwerverletzte bei einem Eisenbahnunglück in Rumänien.

Bukarest, 26. März.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Freitagabend in der Nähe von Braila. Der um 9^{1/2} Uhr von Bukarest in Richtung Braila abgehende Pulman-Zug fuhr infolge falscher Weichenstellung bei Vadeni in voller Fahrt auf die Personenzug Galatz-Braila auf. Die beiden Lokomotiven, ebenso wie die Sicherheitswagen und die Personenwagen, wurden mehr oder weniger zertrümmert bzw. stark beschädigt. Zum Glück sind keine Toten zu beklagen. Im ganzen wurden von dem Hilfszug 17 zum Teil sehr Schwerverwundete geborgen. Schuld trägt das Bahnpersonal. So war zur Zeit der verantwortliche Chef des Bahnhofs Valdivinesti nicht auf seinem Posten, sondern hielt sich in Braila auf, wo er später verhaftet wurde. Außerdem sind die Lokomotivführer der beiden Züge und einige Weichensteller festgenommen worden.

Der DASB (Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund), Berlin, 9. Bezirk, veranstaltet am 2. Osterfeiertag, 28. März 1932, im „Orpheum“, Hasenheide 32-38, Eingang Gräfestraße (Nähe Hermannplatz), eine Morgenfeier. Zur Aufführung gelangen u. a. Chorwerke von Trossen, Knöchel, Gerster und Rosebery d'Arguto, auf dessen Gesang- und Bewegungsschor „Schritte im Gefängnis“ wir besonders wegen seiner Neuartigkeit hinweisen. Dirigenten: Rosebery d'Arguto, G. O. Schumann, Mitwirkende: Kinderchor, Bewegungsschor Rosebery d'Arguto und Martha John. Beginn: 11 Uhr. Eintrittspreis 0,25 Mark.

Die nächste Nummer des „Funken“ erscheint des Ostermontags wegen erst am 29. März.

Robert Koch.

(1843-1910.)

Wir setzen DE KRUIFS Bericht über Koch fort (entnommen dem Buche „Mikrobenjäger“), ohne auf die Frage der Berechtigung des Tierversuchs hier einzugehen.

Die Jagd nach dem Tuberkel-Bazillus.

Dann erst wurde es ihm zur Gewißheit, daß der steinige Weg durch die Wüste mühevoller, gefahrenbeladener Versuche ihn zur ersehnten Oase geführt hatte. Da waren sie, ungezählte Myriaden der krummen Stäbchen, wie er sie zuerst in der Lunge des toten Arbeiters entdeckt hatte.

„Jetzt muß ich erst noch diese Bazillen — diese Reinkulturen aus meinen Bazillen — in die Körper gesunder Meerschweinchen und gesunder Tiere jeder Art einspritzen. Wenn diese Tiere an Tuberkulose erkranken, dann weiß ich erst ganz sicher, daß meine Bazillen — notwendig und über jeden Zweifel erhaben — die wahre Ursache der Krankheit sind.“

Obne Hilfskräfte zu dem gefährlichen Werke heranzuziehen, sterilisierte er ganze Batterien von glänzenden Spritzen, schoß die Kolonien von Mikroben aus seinen Kulturen in seine Serungallert-Röhren und spritzte die zermahlene Bazillen in reinem Wasser seinen Kaninchen und Meerschweinchen, Ratten und Mäusen, Hühnern und Affen ein. „Das ist alles noch nicht genug“, brummte er in seinen Bart. „Ich muß es auch mit Tierarten versuchen, in denen man von Natur aus nie Tuberkeln antrifft.“ So holte er sich Schildkröten, Sperlinge, fünf Frösche, drei Aale herbei. Sämtliche bestimmte, seinen schrecklichen Lieblingsbazillus eingespritzt zu erhalten. Selbst ein Goldfischlein kam an die Reihe.

Aber während seine Einspritzungen solchen Tieren, die in der freien Natur der Schwindsucht nicht unterliegen, keinen Schaden zufügten, begannen die Meerschweinchen schon an Gewicht abzunehmen, krank dazuliegen, jämmerlich keuchend nach Atem zu schnappen. Dann starben sie eines nach dem anderen, ihre Körper waren ganz von Tuberkeln verwüstet.

Jetzt hatte Koch das letzte Glied geschmiedet, mit dem er die Kette seiner Experimente unzerreißbar zusammen-

schließen konnte, und war schon bereit, der Welt die frohe Botschaft zu verkünden: „Er ist entdeckt, er ist eingefangen, der fürchterliche Bazillus der Tuberkulose.“ ... Als er sich plötzlich besann, daß zuvor noch eines zu tun war:

„Die Menschen verfallen diesem Bazillus zweifellos durch Einatmen, mit dem Staub der Luft oder aus den Auswürfen Schwindsüchtiger. Ich möchte doch noch erfahren, ob auch Tiere auf diese Weise angesteckt werden können?“

Und er begann darüber nachzusinnen, wie man auch das feststellen könnte. Er verfiel auf ein furchtbares Experiment.

„Ich muß die Bazillen aus meinen Kulturen auf gesunde Tiere regnen lassen.“ Aber das war eine gefährlichere Sache als die Öffnung eines Kerkers von 10 000 Mördern...

Er sperrte in einen großen Kasten Mäuse, Kaninchen, Meerschweinchen ein; den Kasten brachte er in den Garten seines Hauses. Dann ließ er an seinem Fenster eine Bleiröhre anbringen, die in den Garten hinausragte und in eine Sprühhvorrichtung auslief; diese mündete innerhalb des Kastens. Und jeden Tag eine halbe Stunde lang saß er in seinem Laboratorium und pumpte an einem Blasbalg, der giftigen Bazillennebel in den Kasten sprühte, wo die darin sich herumtummelnden Tiere die Bazillen einatmen mußten.

Nach zehn Tagen keuchten schon drei Kaninchen, nach der kostbaren Luft schnappend, die ihre kranken Lungen ihnen nicht mehr zuführen konnten. Nach 25 Tagen hatten die Meerschweinchen ihr Martyrium vollendet, allesamt lagen sie tot da, die armen Opfer der Tuberkulose.

Die Entdeckung des Milzbrand-Bazillus.

Aus Kochs ersten Forscherjahren.

„Ich hatte meine Praxis, diesen ärztlichen Schwindel. Nicht als ob es mir gleichgültig wäre, wenn die kleinen Kinder an der Diphtherie sterben müssen. Aber die Mütter kommen weinend zu mir, flehen mich an mit erhobenen Händen, ich möchte ihr Kind retten. Und was kann ich tun? Wie soll ich die Diphtherie heilen, wenn ich ihre Ursache nicht kenne, wenn die größten Doktoren in ganz Deutschland sie nicht kennen?“

Koch hatte anfangs, wie seinerzeit LEEUWENHOEK, sein Mikroskop ohne bestimmtes Ziel benützt; er untersuchte

jedes Ding unter der Sonne, bis das Blut der an Anthrax (Milzbrand) gestorbenen Rinder und Schafe seine Aufmerksamkeit fesselte. Auf dieses Problem begann er sich zu konzentrieren; über einem toten Schaf konnte er einen Patienten vergessen; in freien Stunden suchte er die Metzger heim, um die Bauernhöfe zu erfahren, in denen Anthrax die Herden tötete. Koch hatte nicht so viel Zeit wie LEEUWENHOEK; er mußte für sein Mikroskopieren die Minuten ausnützen, die ihm zwischen dem Rezept für ein wegen Leibscherzen heulendes Kind und dem Reißen eines Stockzahnes bei einem Bauern freibleiben. In diesen Zwischenzeiten legte er Tropfen von dem schwarz gewordenen Blut einer an Anthrax verschiedenen Kuh zwischen zwei dünne Glasplättchen, die vor Reinlichkeit glänzen mußten. Schaute er dann das Blut durch die Linse seines Mikroskops an, so sah er zwischen den kleinen, runden, grünlichen Blutkörperchen sonderbare Dinger, die sich wie Stäbchen ausnahmen.

„Sie finden sich nicht im Blut eines einzigen gesunden Tieres, das ist sicher, aber sind's Bazillen. Leben sie? Ich sehe sie nicht größer werden, noch sich vermehren.“

In seinem Kopf ging Tag und Nacht die eine Frage herum: „Wie beweise ich, daß die Stäbchen leben?“ Sein ewiger Jammer über die Schwindsüchtigen, denen er nicht helfen konnte, über die an Diphtherie erstickenden Kinder, die Plage mit den Frauen und ihren, ach wie oft! eingebildeten Leiden, kurz, alles, was ihn sonst beschäftigte, alles trat in den Hintergrund, und in ihm bohrte es fort und fort: „Wie — beweise — ich, — daß — die — Stäbchen — leben?“ Er vergaß, seine Rezepte zu unterschreiben, und er wurde ein mürrischer Ehemann. In seinem Ordinationszimmer ließ er von dem Zimmermann des Städtchens eine Holzwand aufführen; hinter dieser saß er stundenlang und stierte auf das Rätsel im Blute der toten Schafe oder beschäftigte sich mit weißen Mäusen, von denen eine täglich wachsende Zahl aus ihren Käfigen zu entweichen suchte. „Vielleicht gelingt es mir, diesen Mäusen den Milzbrand anzutun und an ihrem Blut den Beweis zu erbringen, daß diese Stäbchen wirklich wachsen können...“

Koch hatte Entdeckungsreisender werden wollen, und nun war er wirklich auf einer großen Entdeckungsreise.

(Schluß folgt.)

Unvollendete Agrarreform in Bulgarien.

Ss. Sofia, März 1932.

Nach dem Kriege sind in Bulgarien zwei verschiedene Gesetze erlassen worden zu dem Zweck, die Grundbesitzverhältnisse zu regeln. Das erste Gesetz erschien 1931 unter der Regierung des bulgarischen Bauernbundes. 1924 erließ die ZANKOFF-Regierung, die 1923 nach dem Putsch der bürgerlichen Parteien an die Macht kam, ein anderes Agrargesetz. Zur Zeit liegt im Entwurf ein Gesetz der heutigen Regierung vor, an der der Bauernbund wieder beteiligt ist.

Allen drei Gesetzen liegt der Gedanke zu Grunde, einen lebensfähigen Bauernmittelstand zu schaffen. Zu diesem Zweck soll ein Landfonds gebildet werden, damit an Landbedürftige Grund und Boden verteilt werden kann.

Die Gesetze behandeln in der Hauptsache vier Fragen:

1. Welche Ländereien werden zu Gunsten des Landfonds enteignet?
2. Wer bekommt Land?
3. Wieviel Land darf man besitzen?
4. Wie wird die Bezahlung der enteigneten und verteilten Ländereien geregelt?

Welche Ländereien werden enteignet?

Wenn die Bestimmungen über die Enteignung in den drei Gesetzen zunächst übereinzustimmen scheinen, so entdeckt man doch bei schärferem Hinsehen einen deutlichen Unterschied zwischen ihnen und erkennt, welchem Geist sie entspringen sind.

In dem Gesetz von 1921 heißt es: „Alle überflüssigen Klosterländereien, die nicht modern bewirtschaftet werden, werden enteignet.“ Das ist ganz klar und eindeutig. Es bedeutet, daß alle Klosterländereien enteignet werden sollen. Denn wo findet man in Bulgarien modern bewirtschaftete Klosterländereien?

Wie raffiniert lautet dagegen die entsprechende Bestimmung in dem Gesetz von 1924! „Klosterländereien werden enteignet, wenn nicht innerhalb eines Jahres Mittel zu einer vernünftigen Bewirtschaftung beschafft werden.“ Und ferner: „... wenn nicht innerhalb von zwei Jahren Maßnahmen zur Durchführung eines organisierten Arbeitsplanes getroffen werden.“ Es ist doch nichts leichter, als „Maßnahmen zu treffen“. Daß diese Maßnahmen dann auch wirklich durchgeführt werden, wird in dem Gesetz nicht verlangt. Außerdem ist der Begriff „organisierter Arbeitsplan“ dehnbar, und die Klosterverwaltung wird ihn schon nach der ihr günstigen Seite auslegen. Unter diesem Gesetz brauchte denn auch tatsächlich kein Kloster seine Besetzungen abzutreten.

Der Gesetzentwurf der heutigen Regierung redet wieder eine deutlichere Sprache: „Überflüssige Klosterländereien, die bis zum 1. November 1931 von der Klosterverwaltung nicht unmittelbar bewirtschaftet worden sind, werden enteignet.“ Tatsächlich will der Gesetzentwurf insbesondere den Klosterbesitz treffen.

Noch ein anderer interessanter Unterschied besteht zwischen den Gesetzen von 1921 und 1924. Nach dem Gesetz von 1921 sind alle Ländereien von Privatpersonen, die das vorgeschriebene Ausmaß überschreiten, der Enteignung verfallen, also auch Wälder, Weinberge, Rosenfelder. In dem Gesetz von 1924 sind Wälder von der Enteignung ausgenommen. Bei der Durchführung des Gesetzes hat sich gezeigt, daß die mit der Enteignung betrauten Kommissionen ein Feld, in das einige kleine Baumstämme und Zweige hineingesteckt waren, gern als Wälder bezeichneten!

Wer bekommt Land?

Nach allen drei Gesetzen sollen das ländliche Proletariat, Bauern mit Zwergbesitz oder Bauern, die unter sehr ungünstigen Umständen leben, mit Land versehen werden. Außerdem soll der Stand der landwirtschaftlichen Technik durch die Vergabung von Land an Industriegesellschaften, die Landwirtschaft betreiben, gehoben werden.

In dem Gesetz von 1924 steht folgende Bestimmung: „Die dem Fonds einverleibten Ländereien sollen vor allem vom Staat für seine wirtschaftskulturellen Bedürfnisse ausgenutzt und dann erst an alle anderen aufgezählten Personen vergeben werden.“ Diese Bestimmung tritt nach dem Gesetzentwurf der heutigen Regierung außer Kraft. Dafür heißt es: „Angesiedelt werden in erster Linie landbedürftige Bauern, die arbeitsfähig sind, einen guten Namen besitzen, geistig und körperlich gesund sind und nachweisen können, daß sie im Stande sind, gute Landwirte zu werden.“ Nach diesem Gesetz ist der Staat seiner wirtschaftskulturellen Aufgaben entbunden, und die Hintertüren sind geschlossen, durch die nach dem Gesetz von 1924 die Kapitalisten durchschlüpfen konnten, um im Verein mit dem Staate sich diese Gesetzesbestimmung zunutze zu machen und die wirklich Landbedürftigen um ihren Anteil zu betrügen.

Wieviel Land darf man besitzen?

Wenn wir die drei Gesetze daraufhin vergleichen, in welchem Ausmaß sie Grundeigentum zulassen, kann kein Zweifel darüber bestehen, wie die drei Regierungen ausgesehen haben, die diese Gesetze erlassen haben, beziehungsweise erlassen wollen.

Nach dem Gesetz von 1921 ist jeder Fortbestand und jedes Zustandekommen von Großgrundbesitz so gut wie ausgeschlossen. Denn das Höchstmaß an Grundeigentum ist mit 30 Hektar angegeben. Auch das Gesetz von 1924 bestimmt zwar klar und deutlich, daß ein Anrecht nur auf 30 Hektar unmittelbar bebauten Bodens besteht. Diesem Paragraphen folgen jedoch eine Reihe von Einschränkungen, die die erste Bestimmung geradezu lächerlich machen. Es ist überflüssig, diese einschränkenden Bestimmungen Punkt für Punkt durchzugehen. Ich will nur einige Stellen hervorheben: Familien mit mehr als vier Mitgliedern erhalten für jedes weitere Mitglied 5 Hektar Land dazu. Wo findet man in Bulgarien eine Bauernfamilie, die nicht mehr als 4 Mitglieder zählt? — Durch die Bestimmung, daß landwirtschaftliche Betriebe, die fördernd auf die Entwicklung der Landwirtschaft wirken, bis zu 150 Hektar Boden besitzen dürfen, wird dem Großgrundbesitz Tür und Tor geöffnet. Denn nichts ist leichter für einen Großgrundbesitzer, als zu behaupten, daß seine Wirtschaft „fördernd“ wirkt.

Bedauerlich ist, daß die gegenwärtige Regierung, an der auch der bulgarische Bauernbund beteiligt ist, diese ungerechten Bestimmungen nur sehr wenig geändert hat. Allerdings ist zu bedenken, daß der Bauernbund mit gebundenen Händen arbeitet, da in der Regierung die bürgerlichen Elemente in der Mehrheit sind. Wir hoffen jedoch, daß er seine gerechten Forderungen durchsetzen wird, das heißt in bezug auf die Agrargesetzgebung: daß er gründliche Korrekturen an dem von der bürgerlichen Regierung erlassenen Gesetz anbringen wird.

Die Bezahlung der enteigneten und verteilten Ländereien.

Das Gesetz von 1921 bestimmt:

Die Bezahlung für die enteigneten Güter erfolgt durch die Landwirtschaftsbank aus den Summen, über die der Fond verfügt oder durch 6/10-prozentige Staatsschuldverschreibungen. Für das enteignete Land wird der durchschnittliche Marktpreis der Jahre 1905—1915 in Anwendung gebracht. Von diesem Preis wird ein Abzug gemacht, der prozentual mit der Größe der enteigneten Fläche wächst.

Die Personen, die Ländereien aus dem Fonds erhalten, bezahlen entweder sofort, oder die Landwirtschaftsbank trägt eine Hypothek ein. Die neuen Besitzer bekommen den Boden zum Kostenpreis des Fonds mit einem Zuschlag von 40 Prozent.

Nach dem Gesetz von 1924 erhalten die Enteigneten 50 Prozent des durchschnittlichen Marktpreises des Jahres 1923 unter Berücksichtigung der Lage und der Qualität des Bodens.

Die Personen, die Land erhalten, bezahlen es zum Kostenpreis des Fonds. 10 Prozent der Gesamtsumme sind sofort zu entrichten und der Rest im Laufe von 20 Jahren. Außer dem Preis haben die neuen Besitzer 2 Prozent der Gesamtsumme zu Gunsten des Fonds zu bezahlen.

Der Gesetzentwurf der heutigen Regierung läßt die Preis- und Zahlungsbedingungen von 1924 in Kraft mit der Aenderung, daß die enteigneten Ländereien im Laufe von 20 Jahren bezahlt werden, und zwar soll in jedem Jahr 1/10 der geschuldeten Summe bezahlt werden.

Wir wollen uns über die Bezahlung der enteigneten Ländereien nach dem Gesetz von 1921 nicht täuschen! Die Entschädigung, die den alten Besitzern ausbezahlt wurde, ist ein wahrer Pappentitel. Denn der Marktpreis während der Jahre 1905—1915 war im Vergleich zu den Nachkriegspreisen außerordentlich gering, weil sich das Geld inzwischen entwertet hatte. Der Preis, der nach dem Gesetz von 1924 und auch nach dem neuen Gesetzentwurf bezahlt werden soll, ist viel höher, auch wenn er nur die Hälfte des tatsächlichen Marktpreises beträgt.

Aehnlich ist der Preis, den die neuen Besitzer nach dem Gesetz von 1921 zahlen mußten, geringer als der, den sie nach den späteren Gesetzen zahlen müssen; denn der Kostenpreis des Bodens nach dem Gesetz von 1921 ist, selbst vermehrt um 40 Prozent, noch wesentlich niedriger als nach den beiden anderen Gesetzen: obgleich der Zuschlag da nur 2 Prozent beträgt.

Die Durchführung der Gesetze.

Die Bauernregierung ging 1921 mit aller Energie an die Durchführung ihres Gesetzes. Unter der Regierung der bürgerlichen Parteien, die die Bauernregierung stürzten, erfolgte die Enteignung und Verteilung der in Frage kommenden Ländereien äußerst lax, und große Ungerechtigkeiten standen auf der Tagesordnung. Klöster und Privatpersonen blieben gewöhnlich von der Enteignung verschont, oder das gesetzlich erlaubte Ausmaß wurde nicht ausgenutzt.

Die heutige Regierung, in der der Bauernbund wieder mitarbeitet, hat vor, die Enteignungen nachzuprüfen und eine Neuverteilung der Ländereien vorzunehmen, um so die unter der vorigen Regierung vorgenommenen Ungerechtigkeiten wieder auszugleichen. Vor allem sollen die Klosterländereien getroffen werden. Wie weit der Bauernbund mit seiner Forderung auf die Dauer durchdringt, bleibt freilich abzuwarten.

Das Osterei in Deutschland und Holland.

Warum geht die Eierproduktion in Deutschland zurück? Warum können die deutschen nicht mit ausländischen Eierproduzenten konkurrieren?

Um einen Zentner Futtergerste bezahlt zu machen, mußten die Hühner 1930

in Deutschland 98 Eier,
in Holland 72 Eier legen.

1931 mußten sie dazu

in Deutschland 169 Eier,
in Holland 89 Eier legen.

(Nach „Bauer und Markt“, Heft 5, vom März 1932)

Vom Ende des Freihandels in Holland.

Die Regierung hat die Einfuhr von Porzellan, Steingut, sanitärem Steingut und Ziegeln vorläufig für drei Monate beschränkt. Die Verordnung enthält eine genaue Liste der unter die Verordnung fallenden Waren. Die Einfuhr ist künftig nur gestattet gegen eine vom Arbeitsminister ausgestellte Genehmigung, für die eine Gebühr in Höhe von 1 Prozent des Wertes erhoben wird. — Von der Maßnahme werden betroffen vor allem Deutschland, die Tschechoslowakei, Japan und Großbritannien. Wie verschieden die einzelnen Waren und Länder von der Regelung betroffen werden, zeigt die folgende Vergleichung der künftig zulässigen Einfuhr mit der Einfuhr von 1931, aufs ganze Jahr gerechnet.

Deutschland darf Porzellan einführen für 2 590 000 Gulden gegenüber 2 570 000 Gulden im Vorjahr (also mehr!), feines Steingut für 1 150 000 Gulden gegenüber 1 450 000 Gulden, sanitäres Steingut 980 Tonnen gegenüber 1 175 Tonnen, Mauer- und Wandsteine für 780 000 Gulden gegenüber 1 477 000 Gulden (also fast nur die Hälfte!). Günstig steht sich die Tschechoslowakei, die für 1,1 Millionen Gulden Porzellan einführen darf gegenüber nur 1 076 000 Gulden im Vorjahr. Die Porzellaneinfuhr aus Japan wird dagegen von 1 660 000 Gulden auf 1 065 000 Gulden herabgesetzt. Großbritannien darf an feinem Steingut nur für 726 000 Gulden einführen gegenüber 1,1 Millionen Gulden im Vorjahr, sanitäres Steingut dagegen 750 Tonnen gegenüber 692 Tonnen im Vorjahr.

Dieses Ausknobeln von Einfuhrbeschränkungen und Ausschreiben von Einfuhrbewilligungen nennt man heute Handelspolitik!

II. II.

Das nennen sie Handelspolitik.

Ein Beispiel für die verhängnisvollen Folgen der deutschen Schutzzollpolitik bringt der Oberpräsident a. D. von BAROCKI im „Deutschen Volkswirt“ (Nr. 22, vom 26. Februar 1932): Von zwei benachbarten Gärtnern am Niederrhein, der eine auf holländischem, der andere auf deutschem Gebiet, hat der deutsche Gärtner, der sein Frühgemüse unter Glas ziehen will, für das dazu nötige Eisen und Glas, für Heizkörper, Brennmaterial, Kunstdünger und dergleichen ein Drittel mehr als sein holländischer Nachbar zu bezahlen, selbst wenn beide von den gleichen deutschen Werken beziehen.

Daß der deutsche Gartenbaubetrieb demnach vor dem ausländischen Konkurrenten durch Zölle geschützt werden muß, ist verständlich. So zieht der Zoll für einen Artikel den Zoll für andere Waren nach sich. Hätten nämlich nicht die deutschen Eisen-, Kunstdünger- u. s. w. -Erzeuger sich unter dem Schutze der hohen Zölle kartellieren und dadurch die Preise hochhalten können, so hätten die deutschen Gärtner unter billigeren Erzeugungskosten leichter ohne Schutz vor der ausländischen Konkurrenz arbeiten können.

Auf der anderen Seite führten die deutschen Schutzzölle wieder dazu, daß auch Holland in zunehmendem Maße vom Freihandel zum Protektionismus fortschreitet. Zunächst hatte man sich mit einer befristeten Erhöhung der Einfuhrzölle begnügt. Dieser Maßnahme folgte kürzlich die Kontingentierung bestimmter Waren. Diese kommt in manchen Fällen sogar einem Einfuhrverbot gleich, da einzelne Staaten die ihnen zugewilligten Kontingente bereits bei Erlaß der betreffenden Verordnung erschöpft hatten.

Arbeitsdienst und Siedlung.

In einer Aussprache über die engere Verbindung von freiwilligem Arbeitsdienst und ländlicher Siedlung zu der das Reichsarbeitsministerium eingeladen hatte, wurde vor allem gefordert, daß der Arbeitsdienst den besonderen Bedürfnissen der ländlichen Siedlung durch Vereinfachung des Förderungsverfahrens und durch Erweiterung der Förderungsmöglichkeiten angepaßt werde.

Das Reichsarbeitsministerium will diese Forderung unterstützen, soweit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist, und die erforderlichen Maßnahmen schnellstens in die Wege leiten.

Nach einem Bericht der „DAZ“ soll Reichsarbeitsminister Dr. STEGERWALD im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister Maßnahmen zu einer Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Wege geleitet haben. Es sei vorgesehen, daß künftig der Arbeitsdienst mindestens jedem jüngeren Arbeitslosen (etwa bis zu 25 Jahren) offen stehen soll, natürlich nur im Rahmen der verfügbaren Mittel. Arbeitsdienstfreiwillige, die Eignung und Neigung für den Siedlerberuf besitzen, sollen bei Arbeiten, die für die künftige Siedlertätigkeit eine geeignete Vorbildung vermitteln, bis zu einem Jahre zugelassen werden, statt wie bisher höchstens 20 Wochen. Eine Restfinanzierung von Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes soll weitgehend unterstützt werden. Geplant sind auch weitere Verbesserungen in bezug auf Anrechnung der Unterstützungsdauer. Die Zahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeitsdienstwilligen soll 1932 nach und nach auf 100 000 gesteigert werden. Um zu einer Durchschnittszahl von etwa 65 000 Arbeitsdienstwilligen für die Dauer des Jahres zu gelangen, sollen besondere Reichsmittel für rund 40 000 Nichthauptunterstützungsempfänger vorgesehen werden. Insgesamt werden aus besonderen Reichsmitteln rund 50 Millionen Mark als erforderlich veranschlagt.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei den Mitteilungen der „DAZ“ um eine Indiskretion. Es liegt allerdings eine entsprechende Kabinettsvorlage vor, doch steht noch keineswegs fest, in welcher Höhe der Reichsfinanzminister Mittel für einen Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes bereitstellen kann.